

► Kolumne
► Aktuelles aus dem Europäischen Parlament
Seite 1

► Glückspiele klar und einheitlich regeln
Seite 2

► Aufgelesen
► Termine
► Impressum
Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Reformvertrag von Lissabon ist Europa den Menschen ein gutes Stück näher gerückt. Zum Beispiel mit der Einführung des Volksbegehrens. Damit können die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Europawahlen ihren Willen ausdrücken und Einfluss auf die Politik der Union nehmen.

Das kommt den Menschen entgegen und lässt sie die Politik mitgestalten, indem sie eine Initiative anschieben können. Die angeregten Gesetze machen dann Rat, Kommission und das gewählte Parlament als Gesetzgeber, wenn sie notwendig sind.

Das Volksbegehren ist weniger als ein Volksentscheid, gibt aber Demagogen weniger Chancen.

Das ist gut so, denn bei den Volksentscheiden in Frankreich und den Niederlanden über die Verfassung Europas und in Irland über den Vertrag von Lissabon haben Interessengruppen mit Geld und Lügen großen Schaden angerichtet.

Das erspart uns das Volksbegehren, das von mehr als einer Million Bürgern in einer noch nicht festgelegten Zahl von großen und kleinen Mitgliedstaaten getragen werden muss.

Ihre

Sozialdemokraten für erstes Volksbegehren in Europa

Die europäischen Sozialdemokraten streben das erste Volksbegehren in der Europäischen Union an. Das hat der Fraktionsvorsitzende Martin Schulz (SPD) angekündigt. Damit soll notfalls Druck auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gemacht werden. Wenn Rat und Kommission das inzwischen auch von Kommissionspräsident Barroso angekündigte Instrument gegen wilde Spekulationen nicht voran bringen.

Die sozialdemokratische Fraktion fordert schon lange eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte. Aber sie ist bisher am Widerstand einzelner Staaten und der Kommission gescheitert.

Damit soll jetzt endgültig Schluss sein. Martin Schulz: „Wenn sich die Mitgliedstaaten und Organe der EU nicht auf eine solche Steuer einigen können, werden wir das Instrument der Volksinitiative nutzen.“

Die gesetzlichen Regeln für das europäische Volksbegehren sollen bis Anfang 2011 fertig sein.

Durchbruch für echte Europäische Finanzaufsicht

„Wir haben monatelang mit dem Ministerrat um eine neue europäische Finanzarchitektur gerungen, jetzt ist der Erfolg endlich da“, begrüßte der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann, das Verhandlungsergebnis. Drei neue EU-Behörden werden in Zukunft Banken, Versicherungen und den Wertpapierhandel in Europa überwachen.

stellte Udo Bullmann klar. So sind grenzüberschreitende Finanzinstitute in Zukunft der europäischen Finanzaufsicht unterstellt. Darüber hinaus erhalten die europäischen Aufseher direkte Durchgriffsrechte im Krisenfall sowie bei Streitfällen zwischen verschiedenen nationalen Aufsehern.

Um Krisen in Zukunft früher zu erkennen und rechtzeitig abzuwenden, wird in Frankfurt ein Risikorat eingerichtet. Für die ersten fünf Jahre übernimmt der Präsident der Europäischen Zentralbank den Vorsitz. „Wir haben uns für eine Stärkung des Risikorats eingesetzt, sowohl

„Die europäische Aufsicht wird die führende Rolle gegenüber den nationalen Aufsehern einnehmen und zwar überall dort, wo es sinnvoll und nötig ist“,

(Fortsetzung auf Seite 2)



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 9/2010, 16. Oktober 2010



(Fortsetzung von Seite 1)

beim Zugriff auf relevante Informationen als auch bei der Einbeziehung unabhängiger Experten. Das erreichte Ergebnis ist im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher“, betonte Udo Bullmann.

Die neue Finanzmarktarchitektur ist eines der zentralen europäischen Projekte zur Krisenbewältigung. „Nach dem Startschuss für die Aufsicht gilt es nun, die Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity sowie des Derivatehandels voranzubringen“, so Udo Bullmann.

EuGH-Urteil: Glücksspiele klar und einheitlich regeln

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) teilte mit, dass ein staatliches Monopol auf Glücksspiele nur dann zulässig sei, wenn dessen Hauptziel die Bekämpfung von Manipulation und Spielsucht ist.

Die sozialdemokratische Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt aus Muldingen (Hohenlohekreis) bestätigte: „Ein Monopol für Glücksspiele kann nur dann aufrecht gehalten werden, wenn klare Auflagen zum Schutze der Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union vorgesehen sind.“

Die derzeitige deutsche Regelung sei nach Auffassung des EuGH mit dem EU-Recht nicht vereinbar. Laut dem im Jahr 2008 erlassenen Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) hat in der Bundesrepublik Deutschland der Staat das Monopol auf Glücksspiele,

private Wettanbieter sind verboten. Gegen das Glücksspielmonopol hatten mehrere kleine Anbieter geklagt, da diese Regelung Glücksspiele in systematischer und kohärenter Weise beschränke und gegen die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit in der Europäischen Union verstoße.

Das heutige Urteil hat Bedeutung für den gesamten europäischen Markt. „Es ist an der Zeit, dass die Europäische Kommission zur Einsicht kommt, dass Glücksspiele keine gewöhnlichen kommerziellen Dienstleistungen sind“, so Evelyne Gebhardt. „Auf europäischer Ebene muss gegen organisierte Kriminalität und Spielsucht vorgegangen werden.“

Die SPD-Binnenmarktexpertin Evelyne Gebhardt forderte die Europäische Kommission auf, eine klare Regelung vorzuschlagen. Des Weiteren müsse in Deutschland dieses Urteil nun genau geprüft und das deutsche Recht entsprechend angepasst werden.

Gute Arbeit bekommt in Europa eine neue Chance

„Es ist ein großer Erfolg der europäischen Sozialdemokraten, aus den schwachen Vorschlägen der Kommission Leitlinien geschaffen zu haben, die unsere Vorstellungen von guten Arbeitsplätzen beschreiben“, zeigte sich Jutta Steinruck, Schattenberichterstatterin der S&D-Fraktion, erfreut über das Ergebnis der Abstimmungen zu den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU im Europäi-

schen Parlament in Straßburg.

Auf Druck der Sozialdemokraten konnte der Grundsatz des gleichen Lohns für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für gleiche Arbeit am gleichen Ort und das Ziel der Vollbeschäftigung in die Leitlinien aufgenommen werden. „Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der EU geht es uns Sozialdemokraten darum, dass es sich um Gute Arbeit handelt. Dazu zählen faire Bedingungen und keine unsicheren oder befristeten Beschäftigungsverhältnisse“, so Jutta Steinruck.

Jutta Steinruck, Beschäftigungsexpertin der SPD-Europaabgeordneten, kritisierte jedoch im Rahmen der Debatte das Verfahren. „Das Parlament wurde im Verfahren zunächst nicht ernst genommen“, sagte Jutta Steinruck. „Nachdem die EU-Kommission nicht nur erst sehr spät einen Vorschlag vorgelegt hatte, wollten die Mitgliedstaaten anfangs sogar über diesen entscheiden, ohne vorab das Votum der gewählten Abgeordneten abzuwarten. Umso wichtiger war es, dass wir eine möglichst breite Mehrheit im Plenum erreichen konnten, um die Mitgliedsstaaten zur Übernahme unserer Vorschläge zu bringen“, betonte Jutta Steinruck. Die SPD-Politikerin forderte nun die belgische Ratspräsidentschaft auf, die Kernforderungen aus den Beschlüssen zu übernehmen.

Die Sozialdemokraten fordern in ihren Anträgen die Aufnahme klarer Ziele zur Senkung der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigungspolitischen Leitlinien. „Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung in Europa fest. Das ist vor allem ein wichtiges Signal für

(Fortsetzung auf Seite 3)



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 9/2010, 16. Oktober 2010



(Fortsetzung von Seite 2)

Langzeitarbeitslose. Wir wollen alle Menschen in gute Arbeit bringen“, unterstrich Jutta Steinruck. Die SPD-Europaabgeordnete betonte, dass wichtige Ziele zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Migranten und anderen Gruppen bereits bis zum Jahr 2014, und damit schneller als es dem Entwurf der Kommission entsprach, umgesetzt werden sollen. „Wir dürfen nichts auf die lange Bank schieben, sondern müssen schnell geeignete Maßnahmen ergreifen, gute Arbeitsplätze zu schaffen.“

Zum Abschluss mahnte sie die EU-Kommission, die nationalen Maßnahmen regelmäßig zu kontrollieren und die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung zu unterstützen, um die Ziele der Leitlinien tatsächlich bis 2014 im Rahmen der 2020 Strategie zu erreichen.

Voraussetzungen für Tierversuche europaweit deutlich verschärft

Das Europäische Parlament will die bestehenden Voraussetzungen für Tierversuche deutlich verschärfen. Einem entsprechenden Richtlinienentwurf haben die Europaabgeordneten im Straßburger Plenum mit großer Mehrheit zugestimmt. Damit steht der Einsetzung der neuen Richtlinie, die auf das sogenannte 3-R-Prinzip - Vermeidung, Verminderung, Verbesserung - setzt und die sich an den neuesten Erkenntnissen aus Tierschutz und Forschung orientiert, nichts mehr im Wege.

Ulrike Rodust, agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten, hätte gerne noch strengere Bedingungen in die Richtlinie festgeschrieben: „Die nationalen Regierungen wollten leider partout nicht über die nun gefundene Einigung hinaus. Der Kompromiss ist aber immer noch besser, als es bei der alten Regelung zu belassen“, merkte Ulrike Rodust kritisch an. Durch die neue Richtlinie sollen in Zukunft in ganz Europa höhere Standards für Tierversuche gelten. „Wichtig ist es jetzt, darauf zu achten, dass diese Standards auch von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt und eingehalten werden“, so Ulrike Rodust weiter.

Laut den neuen Voraussetzungen dürfen Tierversuche künftig nur unter strengen Auflagen und nach vorheriger Prüfung durchgeführt werden. Dafür sollen eigene Kontrollbehörden in den Mitgliedsstaaten eingerichtet werden. „Solange es noch nicht möglich ist, komplett auf Tierversuche zu verzichten, müssen wir für den größtmöglichen Schutz der Tiere sorgen“, bekräftigte die SPD-Politikerin Ulrike Rodust.

Als positiv bewertet Ulrike Rodust, dass Deutschland seine höheren Standards bei Tierversuchen beibehält. „Deutschland ist Vorreiter in Sachen Tierschutz und wird dies auch mit der neuen Richtlinie bleiben. Denn die zurzeit hier geltenden Standards sind durch diese Änderungen ausdrücklich nicht gefährdet.“ Im Vorfeld hatte dieser Punkt in einigen Mitgliedsstaaten für Diskussionen gesorgt. Mitgliedsstaaten, deren Gesetzgebung unter dem europäischen Niveau liegt, müssen nun ihre Gesetze an die neue Richtlinie angleichen.

Eine Verbesserung gibt es auch in Bezug auf die Versuche an Menschenaffen. Die neue Richtlinie verbietet grundsätzlich Versuche mit Primaten. Diese sind nur noch in Ausnahmefällen, etwa bei dem Ausbruch einer weltweiten Epidemie, zulässig. „Mit dieser Richtlinie schaffen wir es, den Tierschutz bei Tierversuchen in ganz Europa zu verbessern, ohne den Forschungsstandort EU in Frage zu stellen“, so Ulrike Rodust abschließend.

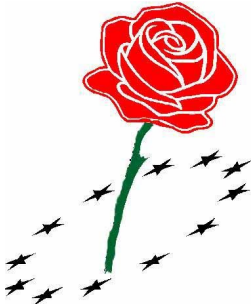
Kein Sozialdumping bei der Post

Vor dem Europäischen Parlament in Straßburg fand eine Demonstration gegen die unsoziale Liberalisierung des Postmarktes statt. Mit Unterstützung der Gewerkschaften werfen die sozialdemokratischen Europaabgeordneten der EU-Kommission vor, bei der Liberalisierung des Postmarktes soziale Rechte zu vernachlässigen.

„Die Kommission möchte die Liberalisierung des europäischen Postmarktes um jeden Preis. Die Gefahr ist groß, dass die sozialen Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder in die Ära der Postkutsche zurückfallen“, so die Beschäftigungs- und Sozialexpertin Jutta Steinruck am Rande der Demonstration. „Wir wollen hohe soziale Schutzrechte in der ganzen Europäischen Union“ fügte die ihre SPD-Kollegin und Binnenmarktexpertin Evelyne Gebhardt hinzu.

„Die Menschen haben das gesetzlich festgeschriebene Recht, Post zu erhalten und versenden zu können“, unterstrich Jutta

(Fortsetzung auf Seite 4)



Steinruck und verwies darauf, dass die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet sind, zuverlässige Universaldienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. „Mit dem Kahlschlag von Seiten der privaten Anbieter droht dem Universaldienst der Post das aus. Ohne diesen kann niemand dafür Sorge tragen, dass beispielsweise auch ältere Menschen auf dem Land mit Postdienstleistungen kostengünstig und schnell versorgt werden“, betonten die beiden SPD-Europaabgeordneten.

Laut einer Untersuchung von UNI Post & Logistik gibt es bisher kaum einen Mitgliedstaat, der für gute Arbeitsbedingungen auf dem Postmarkt im Einklang mit der Richtlinie gesorgt hat. „Es ist Aufgabe der EU-Kommission, die Menschen in der Europäischen Union vor Sozialdumping zu schützen und die Arbeitsstandards aufrechtzuerhalten“, so Jutta Steinruck vor den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in Straßburg.

Die Schaffung eines gemeinsamen Marktes müsse einhergehen mit der Schaffung und Aufrechterhaltung von sozialen Rechten auf hohem Niveau: „Der Markt ist für die Menschen da und nicht umgekehrt“, so Evelyne Gebhardt.

„Deshalb brauchen wir ein Moratorium der Postdienstrichtlinie, um die sozialen Folgen der Liberalisierung zu untersuchen. Die Mitgliedsstaaten müssen die volle Zugänglichkeit zu den Postdiensten gesetzlich garantieren“, betonte Jutta Steinruck abschließend.

Aufgelesen

„Die Sitzung des Europaparlaments wird in die Annalen eingehen - und Frankreich keine Ehre machen. Sicherlich, die Entscheidung mit der Aufforderung, die Abschiebungen zu beenden, ist nur formal. Die Regierung hält daher an den Ausweisungen fest... Doch sie würde einen Fehler machen, wenn sie sich nicht um die Position des Europaparlaments scheren würde. Ob man dessen politische Spielchen nun schätzt oder nicht - es handelt sich um eine demokratische Institution, deren Gewicht und Einfluss ständig zunehmen“, schreibt die französische Zeitung „La Montagne“ zur Verurteilung von Frankreichs Roma-Abschiebungen durch das Europaparlament.

Terminhinweise

17. September
Was? Landesvorstand Europa-Union
Wo? Gerlingen
18. September
Was? SPD-Landesvorstand
Wo? Stuttgart
18. September, 15.00 Uhr
Was? Festakt 25jähriges Bestehen der Städtepartnerschaft SHA mit Lappeenranta
Wo? Schwäbisch Hall, Rathaus
19. September, 11.00 Uhr
Was? Marktplatzfest in Bretten „Treffpunkt Europa“
Wo? Bretten, Marktplatz
22. September
Was? Besuchergruppe Künzelsau
Wo? Straßburg

23. September
Was? Besuchergruppe Bund der Selbstständigen
Wo? Straßburg

25. September
Was? Parteivorstand und Parteiratssitzung
Wo? Berlin

26. September
Was? Außerordentlicher Bundesparteitag
Wo? Berlin

29. September
Was? Besuchergruppe Uhland-Gymnasium Tübingen
Wo? Brüssel

2. Oktober
Was? Colloque franco-allemand
Wo? Straßburg

2. Oktober
Was? FES-Seminar „Europa und soziale Demokratie“
Wo? Herrenberg-Gültstein

8. Oktober
Was? LEADER-Fachtagung
Wo? Murrhardt

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint am 14. Oktober 2010.